

Meinungen zum EU-US- Handelsabkommen

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Vorbemerkung

Im Auftrag des Umweltinstituts München e.V. hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Befragung zum EU-US-Handelsabkommen durchgeführt.

Grundgesamtheit der Untersuchung sind deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in Deutschland. Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.004 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Personen der Grundgesamtheit befragt.

Die Erhebung wurde im Zeitraum vom 9. bis 11. Juni 2026 mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt.

Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

1 Sollte das EU-Parlament dem Handelsabkommen mit den USA zustimmen?

Nach mehrfachen Zolldrohungen von US-Präsident Trump haben sich die Europäische Union und die USA im vergangenen Sommer auf eine Handelsvereinbarung geeinigt. Die USA haben zugesagt, die Zölle für Waren aus Europa in die USA auf höchstens 15 Prozent zu begrenzen. Im Gegenzug hat die EU zugesagt, künftig keine Zölle auf US-Industriegüter zu erheben. Nun steht eine Abstimmung im Europäischen Parlament darüber an.

Knapp ein Drittel (32 %) der Befragten sind der Meinung, dass das Europäische Parlament dem Abkommen zustimmen sollte.

Fast zwei Drittel (62 %) sagen hingegen, das EU-Parlament sollte nicht zustimmen.

Sollte das EU-Parlament dem Handelsabkommen mit den USA zustimmen? I

	Das Europäischen Parlament sollte dem Handelsabkommen mit den USA zustimmen	
	ja %	nein %
insgesamt	32	62
West	33	62
Ost	27	64
Männer	32	64
Frauen	32	60
18- bis 29-Jährige	34	63
30- bis 44-Jährige	33	62
45- bis 59-Jährige	29	64
60 Jahre und älter	33	59

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Anhänger der Linken sagen noch häufiger als die Anhänger anderer Parteien, dass das Europäische Parlament dem Handelsabkommen mit den USA nicht zustimmen sollte.

Dass das EU-Parlament zustimmen soll, sagen vor allen diejenigen, die glauben, dass die Regierung von US-Präsident Trump nach der Zustimmung auf weitere Zolldrohungen und -erhöhungen verzichten wird.

Sollte das EU-Parlament dem Handelsabkommen mit den USA zustimmen? II

		Das Europäischen Parlament sollte dem Handelsabkommen mit den USA zustimmen	
		ja	nein
		%	%
insgesamt		32	62
Anhänger der:	CDU/CSU	40	56
	SPD	35	56
	Grüne	40	56
	Linke	17	72
	AfD	32	64
Trump wird auf Zolldrohungen verzichten, sobald die EU den Zollessenkungen zugestimmt hat:	ja	67	31
	nein	27	67

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

2 Wird US-Präsident Trump auf weitere Zolldrohungen verzichten?

Nur 11 Prozent der Befragten glauben, dass die Regierung von US-Präsident Trump auf weitere Zolldrohungen und -erhöhungen verzichten wird, sobald die EU den Zollsenkungen zugestimmt hat.

Die große Mehrheit (85 %) glaubt das nicht.

Wird US-Präsident Trump auf weitere Zolldrohungen verzichten?

Die Regierung von US-Präsident Trump wird auf weitere Zolldrohungen und -erhöhungen verzichten, sobald die EU den Zollsenkungen zugestimmt hat

		ja %	nein, glaube ich nicht %
insgesamt		11	85
West		11	85
Ost		7	87
Männer		9	88
Frauen		12	82
18- bis 29-Jährige		18	79
30- bis 44-Jährige		10	86
45- bis 59-Jährige		11	85
60 Jahre und älter		8	86
Anhänger der:	CDU/CSU	13	85
	SPD	5	86
	Grüne	10	86
	Linke	2	97
	AfD	17	75
EU-Parlament sollte dem Abkommen zustimmen:	ja	22	73
	nein	5	92

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

3 Wem wird das Zollabkommen mehr nutzen?

62 Prozent glauben, dass das Zollabkommen den USA mehr nutzen wird als Deutschland und der EU. Nur 6 Prozent meinen, dass es Deutschland und der EU mehr nutzen wird. Dass es beiden Seiten etwas gleich nutzen wird, sagen 23 Prozent und 6 Prozent sagen spontan, dass das Abkommen keiner Seite nutzen wird.

Befragte, die eine Zustimmung durch das EU-Parlament befürworten, sagen häufiger als andere Befragte, dass das Abkommen Deutschland und der EU mehr nutzen wird bzw. dass es beiden Seiten etwa gleich viel nutzen wird.

Wem wird das Zollabkommen mehr nutzen?

Das Zollabkommen wird mehr nutzen

		Deutschland und der EU	den USA	beiden Seiten etwa gleich	Abkommen nutzt keiner Seite
		%	%	%	%
insgesamt		6	62	23	6
West		6	61	24	6
Ost		3	65	20	7
Männer		6	63	23	6
Frauen		5	60	24	6
18- bis 29-Jährige		6	67	22	4
30- bis 44-Jährige		4	66	23	5
45- bis 59-Jährige		6	61	23	6
60 Jahre und älter		6	57	24	7
Anhänger der:	CDU/CSU	9	60	23	5
	SPD	9	56	24	7
	Grüne	6	54	33	5
	Linke	7	53	34	3
	AfD	5	74	13	4
EU-Parlament sollte dem Abkommen zustimmen:	ja	10	49	36	3
	nein	4	70	17	7

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4 Meinungen zur Ausweitung der Energieimporte aus den USA

Die Vereinbarung aus dem letzten Sommer sieht auch vor, dass die EU in den nächsten drei Jahren Flüssigerdgas, Öl und Kernenergieprodukte im Wert von umgerechnet etwa 700 Milliarden Euro aus den USA importiert - dreimal mehr als bisher. Befürworter sehen darin eine Verbesserung der Versorgungssicherheit und eine Chance, die Beziehungen zur Trump-Regierung zu verbessern. Kritiker warnen vor einer neuen Energie-Abhängigkeit und hohen Kosten.

Nur 17 Prozent der Befragten finden die Ausweitung des Imports von überwiegend fossiler Energie aus den USA richtig.

80 Prozent finden dies nicht richtig.

In allen betrachteten Bevölkerungsgruppen geben deutlich mehr Befragte an, dass sie die Ausweitung nicht richtig finden. Besonders gering ist die Zustimmung bei Frauen und Befragten aus Ostdeutschland.

Meinungen zur Ausweitung der Energieimporte aus den USA I

Es finden die Ausweitung des Imports von überwiegend fossiler Energie aus den USA

	richtig %	nicht richtig %
insgesamt	17	80
West	18	78
Ost	9	88
Männer	22	77
Frauen	12	83
18- bis 29-Jährige	20	79
30- bis 44-Jährige	20	80
45- bis 59-Jährige	17	79
60 Jahre und älter	13	81

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Am ehesten für eine Ausweitung der Energieimporte aus den USA sprechen sich Unions-Anhänger, Befürworter des Handelsabkommens und Befragte aus, die glauben, dass US-Präsident Trump nach der Zustimmung der EU zu den Zollsenkungen auf weitere Zolldrohungen verzichten wird. Aber auch in diesen Gruppen finden jeweils fast drei Viertel eine solche Ausweitung der Energieimporte aus den USA nicht richtig.

Meinungen zur Ausweitung der Energieimporte aus den USA II

Es finden die Ausweitung des Imports von
überwiegend fossiler Energie aus den USA

		richtig	nicht richtig
		%	%
insgesamt		17	80
Anhänger der:	CDU/CSU	26	71
	SPD	14	81
	Grüne	10	89
	Linke	10	90
	AfD	15	80
EU-Parlament sollte dem Abkommen zustimmen:	ja	24	73
	nein	14	84
Trump wird auf Zolldrohungen verzichten, sobald die EU den Zollsenkungen zugestimmt hat:	ja	26	72
	nein	16	82

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

5 Anpassung von europäischen Gesetzen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA?

Die US-Regierung hat die EU zudem aufgefordert, bestimmte gesetzliche Regelungen zu lockern, beispielsweise beim Klimaschutz, bei Menschenrechts- und Umweltstandards in Lieferketten sowie bei der Regulierung großer Technologieunternehmen.

Knapp ein Viertel der Befragten (24 %) sagt, dass die EU dieser Forderung nachkommen und europäische Gesetze anpassen sollte, wenn dies zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA beiträgt.

Fast drei Viertel (71 %) sagen, die EU sollte das nicht tun.

Anpassung von europäischen Gesetzen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA? I

Die EU sollte der Forderung der USA nachkommen und europäische Gesetze anpassen, wenn dies zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA beiträgt

	ja %	nein %
insgesamt	24	71
West	24	71
Ost	24	69
Männer	29	69
Frauen	19	73
18- bis 29-Jährige	36	64
30- bis 44-Jährige	21	75
45- bis 59-Jährige	25	70
60 Jahre und älter	21	72

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Während die Anhänger der Grünen die Forderung so gut wie geschlossen ablehnen, spricht sich die Hälfte der AfD-Anhänger dafür aus, der US-Forderung nachzukommen und Anpassungen an bestimmten gesetzlichen Regelungen vorzunehmen, beispielsweise beim Klimaschutz, bei Menschenrechts- und Umweltstandards in Lieferketten sowie bei der Regulierung großer Technologieunternehmen, wenn dies zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA beiträgt.

Befragte, die glauben, dass US-Präsident Trump auf weitere Zolldrohungen verzichtet, sobald die EU den Zollsenkungen zugestimmt hat, sprechen sich häufiger als andere Befragte dafür aus, dass die EU zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA europäische Gesetze anpassen sollte.

Anpassung von europäischen Gesetzen zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA? II

Die EU sollte der Forderung der USA nachkommen und europäische Gesetze anpassen, wenn dies zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA beiträgt

		ja	nein
		%	%
insgesamt		24	71
Anhänger der:	CDU/CSU	27	69
	SPD	19	75
	Grüne	3	96
	Linke	14	86
	AfD	50	45
EU-Parlament sollte dem Abkommen zustimmen:	ja	30	68
	nein	22	74
Trump wird auf Zolldrohungen verzichten, sobald die EU den Zollsenkungen zugestimmt hat:	ja	41	58
	nein	22	74

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe